



Noch einmal nachgebohrt. Was tun?

Am Montag und Dienstag habe ich Sie in meinen Tageskommentaren an einem Mailwechsel zwischen Frau L. und mir insoweit teilhaben lassen, als ich meine Antworten online gestellt habe. Sollten Sie diese beiden Artikel verpasst haben, ist es sehr sinnvoll, erst dort nachzulesen, bevor Sie sich dem hier dokumentierten dritten Teil widmen. Sie finden den ersten Artikel [hier](#), den zweiten [hier](#).

Wenn Sie diese Artikel gelesen haben, werden Sie leichter Zugang zum dritten Teil dieses Mailwechsels finden, bei dem ich die Antwort von Frau L. auf das Vorangegangene diesmal vollständig an den Anfang stelle.

Lieber Herr Kreutzer,

nein, offen *bleibende* Fragen gibt es nicht, d.h. keine, die a priori schon offen gewesen wären. Aber mit Ihren Analysen werfen Sie neue Fragen auf, und es würde mich nicht wundern, wenn das die schwierigsten wären:

Angenommen, was Sie sagen, trifft zu -- wie sollen wir dann leben und handeln?

Ich meine im seelisch-moralischen Sinne. Ich halte es durchaus für möglich, dass ich selbst mich mit einer gewissen Zähigkeit weigere, Ihre Ausführungen für wahr zu halten, weil ich einfach nicht an so viel Schlechtigkeit und Verlogenheit unter den Menschen glauben möchte -- um meines eigenen Charakters willen, um meiner vertrauensvollen Frohnatur willen, um meiner ruhigen Nachtruhe und meines fröhlichen Erwachens willen. Ja, ich bin nicht blind und sehe auch, dass es auf der Welt große

Misstände und sehr viel Unrecht gibt, das zum Himmel schreit. Aber was ich bisher an menschlicher Kurzsichtigkeit, Egoismus, Habgier und vor allem Dummheit als gegeben annahm, reicht m.E. vollkommen aus, diese Misstände zu erklären. Und ich hielt es bisher stets für vertretbar, den meisten Politikern, die das Gute zu wollen behaupteten, zumindest den aufrichtigen guten Willen zuzubilligen. Denn das wollen ja überhaupt alle Menschen, es ist ein psychologisches Grundbedürfnis jedes Menschen: zu glauben, dass man selbst zu den Guten gehört. Echte, bewusste Bosheit ist selten. Selbst die Nazis redeten sich ein, das Richtige zu tun; selbst die Investmentbanker glauben an die Gottgegebenheit ihres Gewerbes; selbst die Kinderschänder hört man vor Gericht sagen, die Kinder hätten das doch gewollt und es schade ihnen nicht; selbst die FDP -- naja, für die kann man vielleicht wirklich nicht viel vorbringen :-)

Ja, ich glaube an "das Gute im Menschen", und es ist ja nachweislich da: Wenn man einen Menschen von seiner Gruppe isoliert, ist er fast immer handzahn, gutartig und anpassungsbereit. Richtig eklig werden Menschen nur in Gruppen. Auf jeden Fall glaube ich, dass so ein echter Richard der Dritte, der aus freiem Entschluss der Böse sein will, eigentlich bloß eine Erfindung Shakespeares ist. Ich hab noch keinen getroffen.

Sie sagen aber, nein, einige Kohorten von denen laufen rum. Oder eher, fahren in ihren Porsches und Privatflugzeugen rum.

Gut, ich bin nicht feige und will mich der realen Möglichkeit stellen, dass es in der Welt so aussieht. Dass wir tatsächlich allesamt von krass egoistischen, undemokratischen "Eliten" fremddominiert sein könnten, sodass alle unsere staatlichen Institutionen und Gesetze im Grunde ein Blendwerk dieser Gruppen wären; dass die Welt eine korrupte Jauchegrube ist. Dann stellen sich mir folgende Fragen:

- Was können wir tun, um das zu ändern? Wir *müssen* etwas tun, wenn wir unsere Integrität bewahren wollen. Alles andere ist keine Option. Insbesondere Zusehen ist keine Option.
- Bisher dachte ich, die Arbeit für die Verbesserung der Welt wäre im Rahmen der Gesetze zu leisten, aber nach Ihren Ausführungen steht das im Zweifel. Halten Sie Gewalt für gerechtfertigt oder sogar erforderlich?
- Sie streiten ab, dass eine "Weltregierung" in irgendeiner Weise demokratisch sein kann, und misstrauen den internationalen Zusammenschlüssen. Aber das Problem, das Sie beschreiben, ist eindeutig globaler Natur, insbesondere wenn die Leute jemals zur Rechenschaft gezogen und ggf. enteignet werden sollen. Würden Sie

diesen Anspruch aufgeben, oder wie würden Sie ihn auf Nationalstaatsebene umsetzen?

Bestimmt fallen mir noch mehr Fragen ein, aber diese erstmal spontan. Vielleicht sind Sie nicht die richtige Adresse, auch *darauf* noch die richtige Antwort zu geben, aber ich wüsste doch gern Ihre Standpunkte dazu.

Freundliche Grüße!

M. L.

P.S. Für den Fall, dass Sie hieraus wieder einen Web-Kommentar machen, dürfen Sie meine Mail gern verwenden.

Liebe Frau L.,

Ihre Reaktion, erst einmal nicht wahrhaben zu wollen, was ja nicht nur die Wahrnehmung der Umwelt, sondern vor allem auch das eigene Selbstbild stört, ist die normalste Reaktion der Welt. Es ist die Reaktion von Scheidungskindern, die unvermittelt vor dem Problem stehen, sich für die eine oder die andere Seite zu entscheiden, ohne überhaupt begriffen zu haben, dass ihre Eltern keine selbstverständliche Einheit sind. Es ist ebenso die Reaktion von Kindern, die irgendwann erfahren, dass ihr Vater nicht ihr Erzeuger ist. Es ist immer das Ungeheuerliche, nie für möglich Gehaltene, das die ganze Basis der Existenz, das Wertegerüst und das eigene Selbstverständnis zerbricht, mit der nachfolgenden Mühe, sich alles selbst neu aufzubauen.

Es ist die Entscheidung für die rote oder die blaue Pille, wie es in der „MATRIX“ filmisch umgesetzt wurde, als Neo sich zu entscheiden hatte, ob er in die MATRIX eindringen oder lieber weiter „träumen“ will – und es ist zugleich das weiße Kaninchen, dem Alice ins Wunderland folgt und große Mühe hat, sich zurechtzufinden.

In Ihrer Argumentation klammern Sie sich an die Weisheit (es ist eine!), den Menschen erst einmal den guten Willen zuzubilligen. Wer dagegen verstößt, wird bald einsam und verbittert werden, denn eines stimmt auch: „Die Menschen, die man tatsächlich in seinem persönlichen Umfeld erlebt, entsprechen in ihrem Verhalten meist den eigenen Erwartungen.“ Was aber zu einem großen Teil daran liegt, das sich hier Reaktionen

gegenseitig aufschaukeln, bis man den jeweils anderen dort hat, wo er den eigenen Erwartungen entspricht. Eine indische Überlieferung kennt die Geschichte von dem „Wanderer“, der einen Entgegenkommenden fragt, wie die Menschen denn seien, in der Stadt, aus der dieser kommt. Der fragt zurück: „Wie sind die Menschen denn in der Stadt, aus der du gerade kommst? Genauso wirst du die Menschen auch in der nächsten Stadt vorfinden.“

Von der Annahme, alle Menschen hätten einen guten Willen, gelangen Sie zu der durchaus damit zusammenhängenden Erkenntnis, dass der Einzelne, so man ihn isoliert von seiner Gruppe erlebt, „fast immer handzahn, gutartig und anpassungsbereit“ ist.

Das haben Sie richtig beobachtet, und es ist ein „Programm“ für das Verhalten auf unbekanntem Terrain, das ich mit „vorsichtiges Lernen“ überschreiben möchte. Es ist das gleiche Programm, dass die Einzelmeinung gegenüber einer Gruppenmeinung freiwillig zurücktreten lässt, weil der Mensch eben ein geselliges Tier ist und sich lieber anpasst als ausgestoßen zu werden.

Ich möchte aber noch einen anderen Winkel der Gruppendynamik ausleuchten, und zwar auf der Ebene von Klassen- oder Kastenzugehörigkeit. Es ist offenkundig, dass sich Menschen, die gemeinsam „in der größten Not“ stecken, am meisten hilfsbereit und zum Teilen bereit zeigen. Die allerersten Nachkriegsjahre in Deutschland waren eine Zeit, in der fast alle Deutschen gemeinsam in der allergrößten Not steckten. Da hat man gemeinsam angepackt, ohne lange nach dem eigenen Nutzen zu fragen.

Doch mit den Jahren hat sich die Gesellschaft wieder ausdifferenziert. Es entstand tatsächlich so etwas wie ein „Kastenwesen“, und das ist immer noch existent. Am Grund sitzen die dauerhaft nicht Erwerbsfähigen, eine Stufe höher die Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen, aber Arbeitslosen, darüber die schlecht bezahlten Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter, darüber die fest angestellten Arbeiter, darüber die fest angestellten Tarifangestellten, dann die kleinen Chefs, die mittleren Chefs, die großen Chefs und fast unsichtbar, diejenigen, denen so ziemlich alles gehört.

In allen diesen „Kasten“ gibt es nicht nur starke gemeinsame Interessen, sondern auch gemeinsame Wertvorstellungen, gemeinsame Argumentationsweisen und gemeinsame Handlungsmuster, die – so ungerecht das erscheint – das dauerhafte Verweilen in der jeweiligen Kaste festigen. Nur wer sich aus den jeweiligen Denkweisen und Handlungsmustern herauslöst, wird das vollziehen können, bzw. erfahren müssen, was wir als

„vertikale Mobilität“ bezeichnen, also entweder auf- oder durchaus auch absteigen.

Damit kann der Kreis der Vermutung „des guten Willens“ geschlossen werden, denn „der gute Wille“ führt von Kaste zu Kaste zu durchaus unterschiedlichen Zielen und Wertvorstellungen. Für den fest angestellten Arbeiter ist sein Arbeitsplatz sein zweiter, oft auch erster Lebensmittelpunkt. Der Job ist die Quelle seiner Existenz. Daher wird er bestrebt sein, diesen Job zu behalten. Sein guter Wille zeigt sich in seinem Willen, aus durchaus egoistischen Gründen, gute Arbeit abzuliefern. Für seinen Abteilungsleiter (zwei Stufen höher) sind alle Arbeitsplätze, für die er verantwortlich ist, das Feld auf dem er beweisen kann, dass er nicht nur verwalten, sondern auch gestalten kann. Sein Interesse ist es, die Arbeit effizienter, kostengünstiger erledigen zu lassen, also zeigt sich sein guter Wille letztlich darin, menschliche Arbeit, Arbeitsplätze, entbehrlich zu machen. Für den Leiter des Unternehmens, gleichgültig ob angestellter Geschäftsführer oder Inhaber, sind die Arbeitsplätze ein Gewinnpotential. Er wird sie schaffen, wenn er sich davon eine Rendite verspricht, und er wird sie abbauen, wenn er sich davon eine Rendite verspricht, es geht darum, marktbeherrschende Positionen einzunehmen, die Konkurrenz auszuschalten, ein Monopol zu errichten und den Reibach alleine zu machen.

Ganz oben, wirklich ganz oben, wo die Luft sehr dünn und die Zahl der Spieler klein ist, denkt man sehr langfristig strategisch und in globalen Dimensionen. Da werden Entscheidungen getroffen, die von der Mitte abwärts als verrückt und irrational angesehen werden. Da ringt man um Afghanistan oder um die Ukraine weil man geostrategisch wichtige Positionen besetzen will, zäh, unerbittlich und ohne Rücksicht auf Verluste, so wie man im Ersten Weltkrieg um jeden Hügel in der Gegend von Verdun kämpfte. Da zerstört man Land für Land den ganzen Nahen Osten, weil man sich den Zugriff auf die Bodenschätze sichern will. In einem eher naiven Beitrag dazu habe ich kürzlich gelesen, es ginge den Amis doch gar nicht um das Öl, sie hätten – dank Fracking – inzwischen ja wieder selber genug. Doch das ist falsch, denn der eigentliche Zweck eines Eigentums, das man gar nicht mehr selbst nutzen kann, besteht darin, anderen die Nutzung zu verwehren, bzw. die Nutzung nur gegen eine gewisse Gebühr zu gestatten. Das ist das Verhältnis von Großgrundbesitzer zu Landlosen.

Und auch dahinter steckt immer noch der gute Wille, sich innerhalb der eigenen Kaste einander nützlich zu erweisen, das Errungene zu bewahren und zu mehren.

Man muss sich zudem bewusst machen, dass sich mit dem Maß von Macht und Einfluss das Denken zwangsläufig in immer abstrakteren Kategorien bewegen muss und die Gefahr, „den Boden unter den Füßen und den Kontakt zu den Menschen zu verlieren“ nicht wirklich eine Gefahr ist, sondern die Voraussetzung dafür, im großen Maßstab denken und agieren zu können. Niemand, der diese Fähigkeit nicht besitzt, wird jemals erfolgreich einen Staat oder einen Großkonzern leiten können. Die eigentliche Gefahr ist eine ganz andere. Die Gefahr besteht darin, dass die Balance zwischen den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und dem „Kapital“ verlorenggeht. Im Grunde haben die bürgerlichen Bewegungen den republikanisch-demokratischen Staat installiert, um genau damit das Gegengewicht zu den Kräften des Kapitals zu setzen, um sich Rechte und Teilhabe zu errotzen, indem sie auch das Kapital der Verfassung und den Gesetzen unterworfen haben. Dass das an unterschiedlichen Orten unterschiedlich gut funktioniert hat, ist dabei nicht relevant. Relevant ist, dass beide Seiten nach wie vor versuchen, die Gesetze zu ihrem Vorteil zu verändern und damit manchmal mehr, manchmal weniger erfolgreich sind.

Wo ein Staat zur Beute des Kapitals wird, also aus den Wahlen eine Regierung hervorgeht, die dem Gewinnstreben des Kapitals einen höheren Wert beimisst als dem Lebensstandard der Bevölkerung ist das ebenso kritisch zu betrachten, wie der umgekehrte Fall, nämlich eine Politik, die nur das Wohl der Arbeitnehmer und Rentner im Auge hat und damit die Wirtschaft stranguliert, bzw. eine Inflationsspirale in Gang setzt.

Die europäischen Demokratien haben, mit Abstufungen zwar, aber dennoch vom Grundsatz her einen sehr hohen Grad der Teilhabe der Beschäftigten an der Leistungserstellung der Volkswirtschaften hervorgebracht. Maßgeblich dafür in Deutschland das Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“, das wiederum einen lange währenden Burgfrieden zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ermöglicht hat.

Solange es noch keine EU, sondern nur eine EWG gab, blieben die Verhältnisse in den Mitgliedsstaaten praktisch unverändert. Mit der EU ist es den Globalisten gelungen, die Bürger der Mitgliedsstaaten Stück für Stück zu entrechten, indem die Arbeit der Volksvertreter in den Parlamenten sehr weitgehend an nicht demokratisch legitimierte Institutionen abgetreten wurde. Der Bundestag beschäftigt sich hauptsächlich damit, EU-Recht in Landesrecht zu übertragen. Zugleich wurde die Judikative in den ganz grundsätzlichen Fragen, die wir früher vor dem Verfassungsgericht entschieden haben, entmündigt, da auf vielen Rechtsgebieten jetzt der globalistische EuGH das letzte Wort hat.

Die Geldpolitik im Euro-Raum liegt seit Jahren in den Händen eines Goldman-Sachs Bankers und hat letztendlich dazu geführt, dass die so genannte „Finanz-Sphäre“, also das Kapital, ihre problematisch gewordenen Schuldscheine gegen Billionen frischer Euros eintauschen und damit auf Einkaufstour gehen konnte. Macron, ein Rothschild-Banker, hat erst einmal die Vermögenssteuer abgeschafft und zugleich die Besitzstände der Beschäftigten abgebaut. Wenn nicht ein paar Bürgerrechtsorganisationen aufgepasst hätten, hätte die EU freudestrahlend das TTIP Abkommen unterschrieben und mit den darin vorgesehenen privaten Schiedsgerichten den direkten Eingriff des Kapitals in die Gesetzgebung der gesamten EU und aller Mitgliedsstaaten ermöglicht. Juncker mag noch so sehr unter Ischias leiden, aber er war und ist es, der sein kleines Luxemburg zur Steueroase für Amazon (und viele andere) ausgestaltet hat.

Jetzt die Frage zu stellen, wie es soweit kommen konnte, ist zwar interessant, aber letztlich kaum soweit aufzudröseln, dass Ross und Reiter wirklich genannt werden können. Niemand, außer den Teilnehmern weiß, was bei den Bilderbergern wirklich verabredet wird, und vermutlich sind sich längst nicht alle Teilnehmer wirklich darüber im Klaren, welche Ziele mit den Verabredungen verfolgt werden. Und die Bilderberger sind nur ein „Zirkel“ von Dutzenden, in denen sich die Machteliten treffen, G7, G20 gehören noch zu den bekannten Veranstaltungen, aber man trifft sich ebenso bei den Rotariern wie bei dem Freimaurern, und weiß der Teufel, in welchen obskuren Vereinigungen sonst noch. In hunderten von Think Tanks, diesseits und jenseits des Atlantiks (die Bertelsmannstiftung gehört dabei in Europa zu den einflussreichsten) werden Strategien entwickelt, was in die Wege zu leiten sei und wie man es öffentlich verkaufen sollte. Die ganze Peter-Hartz-Show war eine Erfindung von Bertelsmann, zumindest waren die Bertelsmänner federführend dabei.

Der IWF spielt seit Jahrzehnten eine äußerst unfeine Rolle, indem er seine großzügigen Hilfen mit unverschämten Forderungen verknüpft. Daran ist schon halb Lateinamerika fast zugrunde gegangen, bevor diese Künstler gemeinsam mit EU und EZB Griechenland in Schutt und Asche gelegt haben. Immer noch sehr empfehlenswerte Lektüre dazu: Naomi Klein, „[Die Schock-Strategie](#)“, da tränen Ihnen die Augen beim Lesen von der ersten bis zur letzten Seite.

Und was sagen uns die Guidestones, die nun seit fast 40 Jahren als Stonehenge ähnliches Monument in Georgia aufragen? Deren Aussagen sind zumindest zwiespältig – und der Deutung, es handle sich um eine Art in Stein gemeißelten Herrschaftsanspruch der NWO, mag ich nicht folgen, dafür liegt zu viel Betonung auf der Souveränität der Staaten.

Lassen Sie mich die wichtigsten Aspekte des bisherigen Gedankenganges zusammenfassen, bevor ich auf die Frage eingehe, was wir tun können und tun müssen:

1. Die Gruppen oder Klassen sind weitgehend geschlossene Gebilde, die nur verlassen kann, wer die Werte und Ziele seiner Klasse aufgibt und sich den Werten und Zielen einer höheren oder niedrigeren Klasse anschließt.
2. Der Abstraktionsgrad des Denkens wächst von der untersten zur obersten Klasse steil an.
3. Der demokratische Staat ist eine Schöpfung der Bürger, mit dem Ziel, durch allgemeinverbindliche Gesetze ein Recht zu setzen, das vor den Übergriffen der privaten Macht des Kapitals schützt und alle am gemeinsam Geschaffenen gerecht teilhaben lässt.
4. Die Auseinandersetzung um die Teilhabe zwischen den Klassen ist nicht zu Ende. Sie findet permanent statt, geht von beiden Seiten aus und wird jeweils zu Gunsten der besser organisierten Klasse entschieden.
5. Das Kapital verfügt neben dem meisten Geld auch über die besten Informationskanäle, die klügsten strategischen Köpfe, die Medien mit der größten Reichweite und erachtet den „starken Staat“ als seinen Feind. [Milton Friedman](#) und die so genannte Wiener Schule (Mises, Hayek) haben die theoretischen Grundlagen für diese Haltung gelegt.

Wenn also nun ein Angehöriger der Oberklasse sagt: „Die Pferde müssen Hafer fressen, damit die Spatzen was zu picken haben“, dann entspricht das voll seinem Selbstverständnis, und seine „Klassenkameraden“ sagen: Was für ein guter Mensch. Er denkt nicht nur an sich, sondern auch an die Spatzen. Ob man nun „Jauchegrube“ dazu sagt, oder Misthaufen, nur wer gezwungen ist, darauf zu leben, sieht und riecht und fühlt das auch so. Wer weit darüber steht, glaubt, ein Paradies für die Spatzen geschaffen zu haben. Daraus erklärt sich auch, dass immer wieder versucht wird, den Beweis anzutreten, wie gut es sich in Deutschland von Harz-IV leben lässt.

Würde nun ein Angehöriger dieser „Pferdeklasse“ zu dem Schluss kommen, dass er, bzw. die ganze Klasse, für sich zu viel vom Hafer in Anspruch nimmt, stellt er sich in Opposition zur eigenen Klasse und kündigt seine Mitgliedschaft in dieser Klasse auf. Er wird ausgestoßen. Das passiert vor unser aller Augen immer wieder schon im Kleinen, wenn ein

Parlamentarier es wagt, sich öffentlich gegen Positionen der eigenen Partei zu stellen oder gar bei einer Abstimmung gegen die eigene Fraktion zu stimmen. Da ist er weg vom Fenster. Schnell und gründlich und wird nie wieder einen Listenplatz erhalten.

Was können und was sollen wir also tun?

Die Arbeit innerhalb der eigenen Klasse

Wer die Mechanik der Klassengesellschaft verstanden hat, weiß, dass die eigene Klasse nur dann eine Chance hat, ihre Lage insgesamt zu verbessern, wenn sie sich nicht nur als zufällig von den Umständen zusammengewürfelte Gruppe begreift, sondern sich klar macht, dass sie in der Lage sein muss, ihre Situation richtig zu beurteilen. Wo die Lagebeurteilung weitgehend übereinstimmt und weitgehend gleiche Interessen vorherrschen, lässt sich die Isolation überwinden, die oft aus der Scham erwächst, nur einer minderprivilegierten Klasse anzugehören und damit wird der Blick auf das Potential dieser Klasse frei, das entwickelt und entfaltet werden kann, wenn man sich in Einigkeit miteinander für seine Rechte einsetzt.

Die meisten Klassengesellschaften haben ein pyramidenförmigen Aufbau – und nichts fürchten die oberen Stockwerke dieser Pyramide mehr, als dass ihnen das Fundament die Gefolgschaft verweigert. Von daher wird heute viel Zeit, Geld und Hirnschmalz in die modernen Formen der psychologischen Kriegsführung investiert. Dazu gehören die Regeln der political correctness, die das eigenständige Denken außerhalb der ausge-trampelten Pfade verhindern sollen, dazu gehört eine immer ausgeklügeltere Überwachung aller Bürger mit dem Ziel, Berührungspunkte untereinander zu schaffen. In der DDR war es die Angst vor den IMs, heute in Deutschland ist es die Angst, schon bei einer Suche im Internet auf eine Seite zu geraten, die überwacht wird und jeden sofort zum Prüffall erklärt, der dort länger als fünf Sekunden verweilt. Dazu gehören die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und die ausufernden Polizeigesetze. Dazu gehört das modern gewordene Nudging, also das Vorgaukeln von Belohnungen für ein erwünschtes Verhalten und die Abstrafung durch die gläubige Allgemeinheit bei zwar erlaubtem, aber unerwünschtem Verhalten.

Dafür den Blick zu schärfen, das vielschichtige Netz aus Illusion und Selbstbetrug zu zerreißen und tatsächlich etwas zu entwickeln, was man

„Klassenbewusstsein“ nennen könnte, wäre der Begriff nicht durch kommunistische und sozialistische Ideologen zur Unkenntlichkeit missbraucht worden, ist vordringliche Aufgabe eines jeden, der etwas zum Besseren wenden will.

Das ist eine mühsame und zeitraubende Arbeit, deren Erfolg lange kaum zu erkennen ist. Zuversicht gibt die Tatsache, dass es im Lernverhalten von Tieren und Menschen eine niedrige Schwelle gibt, egal ob diese nun bei fünf oder zehn Prozent liegt, ab der die übrigen Angehörigen der gleichen Art wie von selbst auf die neue Erkenntnis umschwenken oder die neue Technik anzuwenden in der Lage sind.

Veränderungen an der Situation einer Klasse müssen von dieser selbst angestrebt und durchgesetzt werden. Die dafür erforderliche Einigkeit basiert auf einem übereinstimmenden Kenntnisstand und übereinstimmenden Zielen. Für beides ist Aufklärungsarbeit erforderlich, die aus dem Wust der Informationen die wahren und relevanten herausarbeitet.

Die klassenübergreifende Arbeit am demokratischen Staat

Die vom Globalismus „geknackten“ Staaten beherbergen eine bürgerliche Gesellschaft, die, ohne es richtig wahrzunehmen, schon in eine para-koloniale Phase gezwungen worden ist. International agierende Konzerne mischen im Bankwesen ebenso mit, wie in allen Zweigen der Industrie, sie haben sich weite Teile des Wohnungsmarktes und der Infrastruktur angeeignet und spielen mit Outsourcing und Standortverlagerungen die Beschäftigten gleich mehrerer Staaten gegeneinander aus, mit der Folge, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der volkswirtschaftlichen Leistung in Form von Gewinnen ausländischer Kapitaleigner aus dem Wirtschaftsraum abgezogen wird, was dazu führt, dass der Lebensstandard unterhalb dessen bleibt, was die Volkswirtschaft hervorgebracht hat.

Das Lob der ausländischen Investoren, dass auch hierzulande oft und laut gesungen wird, ist eine krasse Irreführung, denn ein Investor, auch wenn er noch so viel Geld mitbringt, wird erst zufrieden sein, wenn er am Ende deutlich mehr Geld wieder herausgezogen hat. Ausländische Investoren sind, auch ohne die vielen Möglichkeiten, inländische Steuern zu umgehen und sich ihrer Mitverantwortung für den „Standort“ zu entziehen, grundsätzlich erhebliche volkswirtschaftliche Risiken, die in der Regel auch eintreten.

Die Unterordnung von Staaten unter überstaatliche Organisationen ist zu meist mit der Abgabe von Souveränitätsrechten verbunden. Da im demokratischen Staat der Bürger (der Wahlberechtigte) der Souverän ist, wird dieser mit jeder Unterschrift unter ein solches Abkommen, durch die eigene Regierung entmündigt, denn er hat über seine Stimme keinen Einfluss mehr, da nicht einmal mehr die Volksvertreter darüber entscheiden können. Dieser Trend liegt natürlich im Interesse der Globalisten und richtet sich damit gegen das gesamte Volk, vom kleinen Arbeiter bis hin zu den großen, inhabergeführten mittelständischen Unternehmen. Die großen Aktiengesellschaften mit noch deutschen Namen hingegen befinden sich zu weiten Teilen, bzw. Anteilen, bereits in den Händen ausländischer Anleger und Vermögensverwaltungen und spielen das Spiel gegen den Rest der Bevölkerung inzwischen ziemlich perfekt mit.

Die Rückbesinnung auf die Wahrung und Durchsetzung nationaler Interessen ist daher zwingend geboten, um zuerst die noch vorhandenen Reste des in langen Jahren hart erkämpften nationalen Rechts zu erhalten und die bereits geschleiften Anteile neu, und vielleicht noch besser und schöner wieder zu errichten. Das heißt auch, die EU in großen Schritten wieder zurückzuentwickeln, zu einer Wirtschaftsgemeinschaft mit eingeschränkten Freihandelsvereinbarungen und frei konvertierbaren nationalen Währungen.

Auch diese Argumentation muss gegen das Trommelfeuer der Globalisierungsfreunde in Stellung gebracht werden. Dass unsere amtierende Regierungsrige davon nicht zu begeistern ist, ist weder ein Beweis dafür, dass diese Argumentation falsch wäre, noch ein Beweis dafür, dass unsere Minister ihr Fach nicht beherrschen. Es ist lediglich ein starkes Indiz dafür, dass Angela Merkel & Co. nicht gewillt sind, für nationale Interessen einzutreten, weil sie ihre Denkmuster ebenso bei der „Pferdeklasse“ entlehnt haben, wie vorher der "Genosse der Bosse" Gerhard Schröder.

Außer zu reden und zu schreiben gibt es in Kürze eine „ungefährliche“ Möglichkeit“ noch etwas zu tun. Am 26. Mai werden die deutschen Abgeordneten zum EU-Parlament gewählt. Dieses Parlament hat zwar nichts zu sagen, es sei denn, die Kommission erlaubt es, von daher ist es ziemlich egal, welche Mehrheiten dort zusammenkommen, doch es ist ein für die gesamte EU wahnsinnig wichtiges Stimmungsbarometer, das von allen Regierungen sehr ernst genommen werden wird. Es gibt in Deutschland nur eine Partei, die sich für die Wahrung deutscher Interessen einsetzt und dem Globalismus entgentreten will. Wer also hierzulande der CDU/CSU, der SPD, der FDP und den Grünen Beine machen will, sich selbst wieder auf nationale Interessen zu besinnen, kann nicht anders als

AfD zu wählen. Ob es bei den nächsten Bundestagswahlen sinnvoll sein wird, eine Mehrheit oder eine Koalition mit der AfD herbeizuwählen, steht heute noch in der Sternen, dazu ist die Partei in Anbetracht der fortwährenden internen Richtungskämpfe noch nicht gut genug einzuschätzen, aber für einen Schuss vor den Bug bei den Wahlen zum EU-Parlament kommt sie gerade recht.

Diese Leute zur Rechenschaft ziehen und enteignen

Das halte ich für illusorisch – und den Gedanken daran für gefährlich. Illusorisch, weil das Handeln der Verantwortlichen selbst niemals gegen den Buchstaben eines Gesetzes verstoßen hat. Dass sie die Gesetze maßgeblich geprägt haben, kann man ihnen auch nicht vorhalten, denn schließlich hätten die Parlamente ja dagegen stimmen können. Ihren Handlangern könnte man unter Umständen die eine oder anderen Straftat nachweisen, doch mit Bauernopfern ist auch niemandem geholfen. Für gefährlich halte ich die Idee wegen der Legitimation der Gewalt, die damit zwingend verbunden wäre. Sh. nächster Punkt.

Gewalt

Im Gewaltbegriff liegt, wenn man erst einmal lange genug darüber nachgedacht hat, die elementare Lebenslüge der Menschheit verborgen. Das beginnt damit, dass sich Gewalt jedem Versuch einer befriedigenden Definition entzieht. Das setzt sich fort darin, dass Macht und Gewalt untrennbar verbunden sind und oft die Macht alleine genügt, um Ziele zu erreichen, ohne Gewalt einsetzen zu müssen. Schließlich wird Frieden oft mit der Abwesenheit von Gewalt gleichgesetzt und wo sich im Frieden Menschen friedlich auf die Straße setzen und sie nicht freiwillig wieder räumen, hält ihnen der Staatsanwalt Gewaltanwendung vor und fordert Haftstrafen dafür.

Ich bin dagegen, zur Durchsetzung von Zielen bestimmter Gruppen mit dem Mittel der physischen Gewalt gegen Sachen und Personen vorzugehen.

Ich weiß aber auch, dass auf dieser Erde unter der Tünche der Rechtsstaatlichkeit an jeder Ecke das „Faustrecht“ tobt und 99 Prozent aller Konflikte für sich entscheidet.

Da lauert übrigens schon wieder ein Definitionsproblem. Was ist ein Konflikt? Zwei sich ausschließende Zielsetzungen sind noch kein Konflikt. Sie bergen zwar das Potential für einen Konflikt, nämlich dann, wenn mindestens einer stur auf seinem Standpunkt beharrt, doch wird unter vernünftigen Menschen vorher der Versuch gemacht werden, Lösungen zu finden, mit denen die konträren Interessen dennoch befriedigt werden können, oder solche bei denen beide Seiten ein Stück weit nachgeben, was dann „Kompromiss“ genannt wird.

Kommt es aber zum Konflikt, werden beide Seiten so lange von den Ressourcen ihrer Macht, einschließlich Gewaltmitteln, Gebrauch machen, bis eine Seite als Verlierer vom Platz geht. Das kann auch ganz ohne Anwendung von Gewalt geschehen, wenn der Schwächere für sich feststellt, dass er in der bevorstehenden Auseinandersetzung sowieso keine Chance hat. Das nennt man dann: „Der Klügere gibt nach“. Ein Spruch, der nur insoweit eine Berechtigung hat, als der hier Nachgebende einem nicht Nachgebenden in vergleichbar schwacher Position gegenübergestellt wird.

Das Recht zum Widerstand, das im Grundgesetz verankert ist, erlaubt Widerstand gegen jeden, der es unternimmt, „diese Ordnung“ zu beseitigen, nur unter der Bedingung, dass andere Abhilfe nicht möglich ist. Dies trifft meines Erachtens auf passiven Widerstand ebenso zu, wie auf aktive, gewaltsame Aktionen. Die andere Abhilfe muss also gesucht werden. Es muss erst festgestellt werden ob jede Interessenkollision schon ein Konflikt ist, es muss dann festgestellt werden, welche rechtlichen Schritte möglich sind, und ggfs. muss geprüft werden, welche Chancen bestehen, auf gesetzlichem Wege über die Legislative Abhilfe zu schaffen – und, last but not least, ob mit Wahlen eine Lösung herbeigeführt werden kann.

Das sind hohe, aber nicht unüberwindliche Hürden, und wer sie überwunden hat, und einen Gegner vorfindet, der nicht zum Nachgeben bereit ist, der muss sich immer noch fragen, ob seine Ressourcen ausreichen, um diesen gewaltsam umzustimmen. Waffen gibt es in Deutschland bei der Bundeswehr, bei den Schützenvereinen und bei den Jägern. Ein Putsch der Bundeswehr, aus den edlen Motiven von Art. 20 Grundgesetz heraus entstanden, wäre das einzige, was Aussicht auf Erfolg hätte.

Auch der Versuch, den Gegner mit „Nadelstichen“ nach Art der asymmetrischen Kriegsführung zu beeindrucken, also Sabotage und Terror, sind zum Scheitern verurteilt, wenn die Täter nicht Teil einer großen, stillen Mehrheit sind, innerhalb derer sie sich bewegen können wie die Fische

im Wasser. Dann allerdings würden vermutlich auch Wahlen Abhilfe möglich machen.

Nein. Gewalt ist nur im alleräußersten Falle im Sinne von Notwehr in Betracht zu ziehen, und auch nur dann, wenn sie eine reelle Chance darstellt.

Doch bevor es zur Notwehrsituation kommt, ist der mühsame Weg, ein Bewusstsein für notwendige Veränderungen zu schaffen, der einzig gangbare.